

HIROSHIMA mahnt!



70
Jahre

6. August 1945

70 Jahre Atombombenabwürfe Hiroshima und Nagasaki.

Gedenken reicht nicht – atomwaffenfrei jetzt!

Die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki jähren sich 2015 zum 70. Mal. Diese Jahrestage mahnen, alles uns Mögliche zu tun, damit solche Tragödien sich nicht wiederholen.

Deutschland gehört noch nicht zu den 159 Staaten, die sich in einer UN-Erklärung für die Ächtung des Einsatzes von Atomwaffen unter allen Umständen ausgesprochen haben. Ebenso wenig gehört Deutschland zu den 108 Staaten, die – mit Österreich als Vorreiter – einen völkerrechtlichen Verbotvertrag vorantreiben wollen.

Es gibt nur eine Antwort auf die Gefahr einer Atombombenexplosion – egal aus welchen Gründen – und die daraus resultierenden katastrophalen humanitären Folgen: Atomwaffen dürfen unter keinen Umständen eingesetzt werden. Nur ein internationaler Verbotvertrag für Atomwaffen hilft, weiteres Leid abzuwenden.

Wir erwarten von der Bundesregierung:

Schließen Sie sich dem von Österreich initiierten „Humanitarian Pledge“ an und unterstützen Sie damit den Prozess für Verbot und Vernichtung aller Atomwaffen weltweit! Unterstützen Sie im Rahmen der NATO und gegenüber allen Atomwaffenstaaten den Stopp der Modernisierung und treten Sie mit Nachdruck für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland ein.

Die aktuellen Friedensforderungen der DKP



Wem nützen die Kriegsvorbereitungen und die Kriege in die die BRD weltweit verwickelt ist? Sie nützen wie schon immer den Rüstungsmonopolen ihren Aktionären, den Geldgebern und Banken. Sie schadet den „Kleinen Leuten“, weil Kanonen und neue milliardenschwere Waffensysteme eben nicht zur von Sicherung von Butter und Brot beitragen, sondern Sozialabbau, also steigende Armut und größere Not in unserer BRD bedeuten. Alle Kriege und die Ausbeutung der Länder auf anderen Kontinenten verursachen die Fluchtbewegungen und rauben so den Menschen dort ihre Lebensgrundlagen.

Die DKP sagt und orientiert:



Gegen NATO-, US- und Bundeswehrstandorte, von denen wie in Kalkar, Ramstein oder AFRI-COM in Stuttgart die Kriege unmittelbar unterstützt oder geplant werden,



Gegen die Lagerung von Atomwaffen auf deutschem Boden, keine Modernisierung der Atomwaffen sondern deren Vernichtung und gegen neue Waffenprogramme,



Gegen die Werbung der Bundeswehr in Schulen und Arbeitsämtern und gegen militaristische Spektakel wie öffentliche Gelöbnisse und Bundeswehr-Propagandaschauen.



Gegen die Militarisierung der EU - nicht die Flüchtlinge sondern die Fluchtursachen bekämpfen, Gegen Kampfdrohnen - sie müssen weltweit geächtet werden,



Gegen die Militarisierung des Bildungswesens in der Gesellschaft - weg mit den Kooperationsverträgen Bundeswehr-Schule, keine Werbung für Bundeswehr und Kriegsdienst,

Gegen Bundeswehreinsätze im Innern, die zivil-militärische Zusammenarbeit stoppen

Den Ukraine-Konflikt entschärfen durch Stopp der Expansien von Nato und EU

Stopt die Gewalt gegen die Kurden in der Türkei - die PKK nicht länger als Terrororganisation deklarieren - Verbot der PKK in der BRD aufheben.



„Die Gesamtbilanz der christlich-sozialen Regierungskoalition zeigt keinesfalls die vor der Bundestagswahl versprochene, und von uns allen erhoffte Trendwende“, so Jürgen Grässlin, Sprecher der Kampagne ‚Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!‘ Im Gegenteil, scharfe Kritik übt Grässlin, weil sich die real erfolgten Kriegswaffenexporte von 957 Millionen Euro im Jahr 2013 auf 1,823 Milliarden Euro 2014 verdoppelten. Ein Skandal,

denn unter den Bestimmungsländern befinden sich erneut zahlreiche menschenrechtsverletzende und kriegsführende Staaten.

Den BRD-Rüstungskonzernen, so die Koalitionspolitik, dürfen die Rüstungsprofite nicht geschmälert werden. Bei Waffenlieferungen geht es schließlich um Leben und Tod von Tausenden von Menschen. Wer also Kriegswaffen liefert verletzt die Menschenrechte. Stoppt die deutschen Waffenlieferungen in alle Welt. ★

Keine Kampfdrohnen und Kriegsroboter



Die Bundesregierung plant die Einführung von Drohnentechnologie für elektronische Spionage, zur Zielerfassung und als Kampfdrohnen. Experten warnen davor, dass damit auch die

Entwicklung von Kampfrobotern vorangetrieben wird, die im automatischen Einsatz tödlicher Mittel enden würde. Der Einsatz von Kampfdrohnen senkt generell die Schwelle zum Gewalteinsatz, entgrenzt den Krieg und fördert das Wettrüsten. Wir fordern: Kampfdrohnen müssen weltweit geächtet werden. Entsprechend der Entschließung des Europäischen Parlaments vom Februar 2014 soll die Bundesregierung sich für das Verbot „extralegalen Tötungen“ einsetzen und diese nicht weiter begünstigen. Die US-Militärbasis in Ramstein als zentrale Relaisstation des weltweiten US-Drohnenkrieges muss ebenso geschlossen werden wie AFRICOM in Stuttgart, von wo aus Drohneneinsätze in Afrika erfolgen. Kalkar/Uedem darf nicht zur Kampfdrohneneinsatzzentrale von Bundeswehr und NATO werden. ★